

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 4

Artikel: NW-Gespräch mit Viktor Hofstetter und Marco Mona : Nicaragua nach den Wahlen
Autor: Hofstetter, Viktor / Mona, Marco
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143537>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hoffnung für El Salvador

Gibt es noch Hoffnung für El Salvador? Wie lange soll der Krieg noch weitergehen? Die Armen der Welt haben alles gegen sich: die Regierungen, die Oligarchien, die Reichen, die Armeen, fast alle politischen Parteien, sehr oft die Kirche, manchmal die Universitäten, die Theologen. Wirklich, fast alles ist gegen die Armen. Gibt es also noch Hoffnung für El Salvador? Gibt es noch Hoffnung für Euch, die Ihr gekommen seid, Eure Solidarität zu bekunden? Hat es noch einen Sinn, sich für El Salvador, Guatemala

oder Südafrika einzusetzen? Ich habe keine fertige Antwort. Aber solange ich *grosse Liebe* auf dieser Erde sehe, Menschen, die andere Menschen wirklich lieben, wie die nordamerikanischen Schwestern, Erzbischof Romero und die Jesuiten, hört meine Hoffnung nicht auf und versuche ich, weiterzuarbeiten und mein Bestes zu geben. Ich hoffe, Ihr werdet uns dabei helfen. Und indem Ihr uns helft, helft Ihr Euch selbst. Denn, glaubt mir, das Leben in der Gesellschaft Jesu und in der Kirche und der Glaube an Jesus Christus werden an Bedeutung gewinnen.

NW-Gespräch mit Viktor Hofstetter und Marco Mona

Nicaragua nach den Wahlen

NW: Nicaragua hat am 25. Februar gewählt – nicht so, wie wir es erwartet und vor allem erhofft haben. Die Vielparteien-Opposition UNO (Union Nacional Opositora) kam auf 54,7 Prozent der Stimmen, während die Sandinistische Befreiungsfront mit 40,8 Prozent eine empfindliche Niederlage einstecken musste, auch wenn der FSLN mit Abstand die stärkste politische Kraft in Nicaragua bleibt. Ich darf dieses Ergebnis, seine Ursachen und seine Folgen, mit Marco Mona und Viktor Hofstetter, zwei besonders kompetenten Gesprächspartnern, analysieren. Marco Mona war als Wahlbeobachter in Nicaragua. Er ist Rechtsanwalt und Präsident des Solifonds. Bis vor kurzem war er auch SP-Kantonsrat in Zürich. Den zweiten Gesprächspartner, Viktor Hofstetter, Dominikanerpater in Zürich, kennen wir als Mitarbeiter unserer Zeitschrift, der uns immer wieder mit Entwicklungen innerhalb der südamerikanischen Befreiungstheologie vertraut macht. 1988 hat er die zentralamerikanischen Staaten Honduras, El Salvador, Guatemala und Kuba besucht.

Meine erste Frage geht an Marco Mona: Wie hast Du die Wahlen als Jurist und als Politiker erlebt?

Korrektore Wahlen als in den USA

Marco Mona: Grund unserer Anwesenheit in Nicaragua war die Überprüfung des *technischen Ablaufs* dieser Wahlen. Wir haben festgestellt, dass die Wahlen ausserordentlich korrekt durchgeführt wurden. Eine Unzahl von Garantien sorgte dafür, dass die Stimmabgabe authentisch erfolgen konnte, auch bei Leuten, die sich ans Wählen nicht gewöhnt sind. Ein regierungsunabhängiger Wahlrat hat den Ablauf der Wahlen, einschliesslich der Gemeindewahlen, die zum erstenmal in diesem Land stattfanden, mit erstaunlicher Sorgfalt überwacht. Ich glaube nicht, dass die Wahlen in Zürich so sauber sind.

NW: Die Zeitungen berichteten, dass für den Fall eines Sieges des FSLN Einsprachen vorbereitet wurden. Der prominenteste Wahlbeobachter, alt US-Präsident Jimmy Carter, habe beanstandet, dass leicht lösliche Tinte für die Markierung der Daumen verwendet worden sei.

Marco Mona: Solche Gerüchte habe ich auch gehört. Doch selbst Carter hat bestätigt, dass *Wahlfälschungen technisch unmöglich* gewesen wären. Die Tinte war nur eine zusätzliche Garantie gegen mehr

als eine Stimmabgabe durch dieselbe Person. Die Leute hatten sich bereits im letzten November eingeschrieben und dabei ihren Wahlausweis erhalten. Dieser wurde an der Urne abgestempelt. Sie mussten im gleichen Wahlbüro wählen, wo sie sich eingeschrieben hatten und wo man sie kannte. Auf ein Wahlbüro entfielen durchschnittlich vierhundert Wählerinnen und Wähler. Hätte jemand mit einem gereinigten Daumen den Wahlausweis einer anderen Person verwendet, so wäre er mit grosser Wahrscheinlichkeit aufgefallen.

Viktor Hofstetter: Schon die Einschreibung war weit besser organisiert als in den USA, wo sich bislang nur ein kleiner Prozentsatz der Armen und der Schwarzen in die Wahllisten eintragen konnte. Nicaragua hat diese Einschreibung unter sehr schwierigen Umständen durchgeführt. Im Norden zum Beispiel hat die Contra Soldaten getötet, die sich einschreiben wollten. Auch von den jüngsten Wahlen in den *Nachbarländern* Honduras, El Salvador und Costa Rica war ein Grossteil der Armen überhaupt ausgeschlossen.

Gelähmtes Nicaragua am Tag danach

Marco Mona: Wie haben mich die Wahlen und ihr Ausgang berührt? Eigentlich waren alle sicher, dass der Frente gewinnen würde. Die Leute vom Frente und von der Regierung, mit denen wir vor den Wahlen gesprochen hatten, interessierten sich nur noch für die Frage, welche Projekte sie nach dem bevorstehenden Wahlsieg verwirklichen möchten. An der *grossen Demonstration* vom 21. Februar auf der Plaza in Managua beteiligten sich gegen 600'000 Personen, das waren mehr Leute, als nachher im ganzen Land für den Frente stimmten.

Warum hat sich das kollektive Verhalten mit der individuellen Stimmabgabe nicht gedeckt? Viele gingen zu den Massenkundgebungen des FSLN, weil es sich so gehört und weil die sandinistischen Organisationen die Gesellschaft fast kapillar durchdringen. Die sandinistische Bewegung ist eine kollektive Grösse, die begeistern kann, die aber auch Folgen hat für die eigene Lebensweise. Weil alle dachten, der Frente würde gewinnen, wollten sie an seinen Kundgebungen nicht fehlen. Gegenüber dieser kol-

lektiven Ausdrucksform ist die Stimmabgabe ausserordentlich individuell. Das ist für uns ein Gemeinplatz, musste dort aber erst einmal gelernt werden. Es gab überall Plakate, die besagten: «Deine Stimme ist geheim!» Ich war in Wahllokalen, wo der Vorsitzende des Wahlbüros allen erklärte, wie sie beim Wählen vorgehen mussten. Wenn dann jemand sagte, er wisse schon, dass er beim Frente sein Kreuz hinzusetzen habe, antwortete der Vorsitzende, der selber Sandinist war, dass ihn dies nichts angehe, da die Wahl geheim sei.

Die Diskrepanz zwischen kollektivem Verhalten und individueller Stimmabgabe zeigte sich noch einmal am Tag nach der Wahl. Nicaragua war wie gelähmt. Es hatte den Leuten den Atem verschlagen, uns natürlich auch.

Viktor Hofstetter: Der Grossveranstaltung des Frente war eine *Demonstration der UNO* vorausgegangen. Die NZZ titelte damals, so viele Leute wie bei dieser UNO-Kundgebung hätten in Managua noch nie an einer Veranstaltung der Opposition teilgenommen. Bei der folgenden Veranstaltung des Frente aber waren fünf- oder sechsmal mehr Leute zugegen. Nicht zuletzt wegen dieser unterschiedlichen Mobilisierungskraft suchte Carter sich mit seinem Dossier auf eine Einsprache gegen den erwarteten Wahlausgang vorzubereiten. Im übrigen stand dem Frente zwar eine gute Infrastruktur, der UNO aber eine US-amerikanische Wahlhilfe von mehreren Millionen Dollar zur Verfügung.

Die UNO konnte das Ende des Krieges und der Wirtschaftsblockade anbieten

NW: *Kann man überhaupt von freien Wahlen sprechen, wenn ein Volk unter einem so massiven, geradezu erpresserischen Druck steht, wie er von seiten der USA auf Nicaragua ausgeübt wurde, angefangen bei der ökonomischen Blockade des Landes bis zur Unterstützung des Contra-Terrors, der 50'000 Tote hinterlassen hat?*

Marco Mona: Man kann schon von freien Wahlen sprechen, muss aber gleichzeitig sagen, dass sie von den politischen, ökonomischen und militärischen Rahmenbedingungen ausserordentlich stark beeinflusst wurden. Frei waren die Wahlen, weil jede

und jeder sich selbständig entscheiden konnten. Doch die *Voraussetzungen*, unter denen sie sich entscheiden mussten, waren *durchwegs negativ*. Zum ersten ist eine ökonomische Wende nötig, denn die Leute haben Hunger. Zum zweiten beunruhigt der Krieg die Menschen nach wie vor zutiefst. Wie konnte eine Nicaraguanerin oder ein Nicaraguaner dem Frente die Stimme geben, wenn der Frente doch selber Kriegspartei war? Wie konnte der Frente, der den Krieg gewiss nicht verursacht und gewollt hatte, aber dennoch Grund des Krieges war, sagen: «Vota por la paz, vota Frente!» Das schien ein innerer Widerspruch zu sein. Genauso wie der Slogan: «Wir gewinnen und alles wird besser.» Denn, so musste man sich fragen, wie konnte der Frente, unter dessen Regierung sich die ökonomische Lage dermassen verschlechtert hatte, behaupten, alles würde besser, wenn er weiterregierte?

Viktor Hofstetter: Darin liegt die Hauptursache dieses Resultats. Der Frente konnte nicht garantieren, dass mit seinem Wahlsieg der Krieg aufhören würde, weil dieser Krieg ja gar nicht von ihm abhing, sondern von den USA. Das gleiche gilt für die Wirtschaftskrise. Wir müssen uns nochmals vergegenwärtigen, was die *Wirtschaftsblockade* der USA für Nicaragua bedeutete. Ganz Zentralamerika ist in der Vergangenheit ökonomisch auf den Norden ausgerichtet gewesen. Nicaragua hatte 95 Prozent der Bananen nach den USA exportiert. Das wurde von einem Tag auf den andern verunmöglicht. Das gleiche gilt für Kaffee, Fleisch und Holz. Der Frente konnte nicht versprechen, dass nach seinem Wahlsieg die Blockade wirklich aufhören würde. Die UNO jedoch konnte das Ende des Krieges und der Blockade anbieten, weil dieses Parteienbündnis die USA auf seiner Seite hatte.

NW: Eine weitere Ursache der sandinistischen Niederlage war wohl auch das Wahlversprechen der UNO, dass unter ihrer Regierung die obligatorische Wehrpflicht abgeschafft würde. Hinzu kamen offenbar *Denkzettel-Stimmen*, die den allgemein erwarteten Siegeszug der Sandinisten etwas bremsen wollten.

Viktor Hofstetter: In Nicaragua geht die Spaltung des Volkes mitten durch die *Fami-*

lien. Die Söhne derselben Mütter und Väter kämpfen teils im sandinistischen Heer, teils in der Contra. Das ist auch bei Violeta Chamorro, der Wahlsiegerin, so. Ein Sohn war im Direktorium der Contra, ein weiterer Sohn und eine Tochter arbeiten für den sandinistischen Frente. Der Wille, diesen Konflikt endlich zu beenden, ist wohl der Hauptgrund für das Wahlergebnis.

Marco Mona: Ich ziehe einen Vergleich zu unserer politischen Arbeit. Dass wir hie und da verlieren, ist durchaus normal und erträglich, da die Lebensbedingungen nicht so sind, dass wir deswegen weniger essen. Hier aber hatten die Leute zehn Jahre lang gekämpft und trotzdem immer neue Rückschläge erlitten. Schuld daran war zum grössten Teil die *kolonialistische Arroganz einer Grossmacht*, deren Erpressung jetzt aufgegangen ist – und das ist das Bittere daran. Es ist für uns einfach zu sagen: durchhalten! Aber zehn Jahre unter derartigen Bedingungen um ein Ideal kämpfen und jetzt dieses Risiko nochmals für weitere sieben Jahre eingehen, das ist von vielen doch zuviel verlangt.

Es gab wohl *Denkzettel-Stimmen*, auch wenn sie allein die Niederlage nicht herbeigeführt haben. Es gibt auch unter den Sandinisten ein mittleres Kader, das sich genauso aufspielt, wie es ein mittleres Kader unter den Somozisten täte. Das gibt es überall, auch hier in der Schweiz. Um diese Kaderleute etwas zurückzubinden, haben sich einige Wählerinnen und Wähler gesagt: Gewinnen sollen die Sandinisten schon, aber nicht zu gut.

Viktor Hofstetter: Auch in der Kirche sind während dieser zehn Jahre viele Kräfte aufgebraucht worden, die man eigentlich für die Volksbewegung einsetzen wollte, insbesondere für die Erziehung. Nicht nur wurden Schulen von der Contra zerstört, schlimmer noch war, dass die Bewusstseinsbildung nicht weitergeführt werden konnte. Seit 1984 war es kaum mehr möglich, die ursprünglich so erfolgreiche Alphabetisierungskampagne fortzusetzen. Hinzu kam die Spaltung in der Kirche, von der die Opposition profitierte. Unter dem ständigen Druck von aussen und von innen hat auch die Basiskirche an Kraft verloren. Der Franziskanerpater *Uriel Molina*, einer der führenden Köpfe der Basisbe-

wegung und selber Nicaraguaner, wurde vor einigen Monaten von der Amtskirche gezwungen, das Land zu verlassen. Umgekehrt konnten all jene Priester, die von der sandinistischen Regierung ausgewiesen worden waren, wieder nach Nicaragua zurückkehren.

Das falsche Spiel mit der Contra

NW: *Der noch amtierende Präsident Daniel Ortega hat die «friedliche Übergabe der Macht» von der Entwaffnung und Auflösung der Contra-Verbände abhängig gemacht. Auch die designierte Präsidentin scheint mit dieser Bedingung einverstanden zu sein.*

Viktor Hofstetter: Sie ist seit den zentral-amerikanischen Konferenzen von Esquipulas und Tela *längst beschlossene Sache*. Sie hätte bereits am vergangenen 4. Dezember vollzogen sein müssen. Man sollte vor allem auch die Konzessionen nicht vergessen, die Daniel Ortega eingegangen ist, um die Entwaffnung der Contra zu erreichen. Er musste zum Beispiel in Kauf nehmen, dass der Contra-Terror in Nicaragua auf die gleiche Ebene gestellt wurde wie der Kampf der salvadorianischen Befreiungsfront FLMN. Auch die USA haben die Ergebnisse der erwähnten beiden Konferenzen akzeptiert. Das zeigt wiederum, wie doppelbödig die Politik der USA ist.

Marco Mona: Das muss ich unterstreichen. Daniel Ortega hat am Tag nach der Wahl gesagt: Wir werden die Macht ordnungsgemäss übergeben, wenn die Contra-Söldner demobilisiert sind. Damit hat er nichts Neues verlangt, sondern nur bekräftigt, was schon lange vereinbart gewesen wäre. Ich bin nicht sicher, ob diese Vereinbarung von der Gegenseite eingehalten wird. *Violeta Chamorro* verdankt ihre Autorität weniger der eigenen Persönlichkeit als ihrem ermordeten Ehemann. «Dios y Joaquín Chamorro» waren ihre beiden Argumente im Wahlkampf. Sie hatte bislang einen schweren Stand innerhalb der UNO, versuchte jedoch extreme Äusserungen von Männern wie Virgilio Godoy, dem künftigen Vizepräsidenten Nicaraguas, oder Augusto Cesar, dem ehemaligen Contraführer und wohl nächsten Parlamentspräsidenten, zurückzu-

nehmen. Aber ich bin nicht sicher, ob sie sich innerhalb der bisherigen Opposition durchsetzen wird.

Viktor Hofstetter: Nicaraguanische Freunde haben mir im letzten Sommer gesagt, es sei unmöglich, die Contra aufzuheben. Denn die Contra sei nicht mehr ein Söldnerheer, sondern finanziell und logistisch bereits ein *Bestandteil der US-Armee*. Das zeigt auch die Situation in Honduras. Die Regierung Callejas hat vor den honduranischen Wahlen versprochen, dass die Contra aufgelöst werde. Doch bis jetzt war Callejas nicht in der Lage, dieses Wahlversprechen zu erfüllen.

Marco Mona: Am Tag nach der Wahl in Nicaragua hat Callejas allerdings in den honduranischen Zeitungen nochmals erklärt, dass jetzt die Contra wirklich aufgelöst werden könnte. Das Problem ist, dass niemand diese Auflösung erzwingen kann, wenn die USA dazu nicht Hand bieten. Die noch vorhandenen 10'000 Contras operieren völlig *exterritorial* und entziehen sich dadurch allfälligen Sanktionen.

Viktor Hofstetter: Kommt hinzu, dass das honduranische Militär von den Contras profitiert und dass in Honduras eben auch das Militär die Politik bestimmt.

NW: *Was passiert, wenn diese Contra-verbände nicht aufgelöst werden? Findet dann die Machtübergabe an die UNO nicht statt?*

Marco Mona: Daniel Ortega insistiert in seinen Erklärungen nicht immer auf dieser Forderung. Ich könnte mir denken, dass für ihn die anderen Parolen, die er nach den Wahlen herausgab, das höhere Gewicht haben. Diese Parolen sind: Ruhe bewahren, ordnungsgemässe Machtübergabe, Kampf um die Bewahrung der Errungenschaften der Revolution.

In den letzten Tagen sollen aber bereits wieder *Kämpfe* ausgebrochen sein. Das ist natürlich völlig absurd, war schon bisher absurd. Krieg ist ohnehin absurd. Aber jetzt geht es der Contra wirklich nur noch darum, das eigene Tötungspotential zur Schau zu stellen.

Viktor Hofstetter: Zugleich stellt sich die Frage, was mit dem *sandinistischen Heer* geschehen wird. Dieses gilt als die offizielle Armee, die in der Verfassung verankert ist. Innerhalb der UNO gibt es Bestrebungen,

die Contra-Führer in die Armee einzuschleusen. Der Somozist und ehemalige Chef der militärischen Contra, Enrique Bermudez, träumt bereits davon, Verteidigungsminister zu werden. Er sagt, Violeta Chamorro habe ihm dieses Amt versprochen. Der UNO werden in dieser Frage noch grösste Auseinandersetzungen bevorstehen.

Im Wahlkampf hat der Frente wohl den Fehler gemacht, alle in der UNO vereinigten Parteien und Gruppierungen undifferenziert als somozistisch abzustempeln. Es hiess immer «UNO – Guardia». Gemeint war damit die einstige Nationalgarde Somozas.

Ausnahmezustand als nächstes Szenario?

NW: *Die siegreiche UNO besteht aus 14 Parteien und Gruppierungen von der politischen Rechten bis zu zwei Linksparteien. Gab es für dieses heterogene Bündnis einen anderen gemeinsamen Nenner als den ausschliesslich negativen, die sandinistische Regierung abzuwählen?*

Marco Mona: Nein. Es gab keinen andern gemeinsamen Nenner. Das zeigt sich an einem Detail: Die UNO muss jetzt ihren Namen ändern, denn das O steht für «Opositora». Auch muss sie sich endlich ein Programm geben. Es gibt in diesem Bündnis Parteien von ganz rechts bis ganz links, ja bis zur Kommunistischen Partei, die seit Jahrzehnten in Nicaragua aktiv sind. Diese Parteien haben, jede für sich allein genommen, nicht mehr als fünf der neunzig Mandate errungen. Ich kann mir vorstellen, dass einzelne dieser UNO-Deputierten in bestimmten Fragen gemeinsam mit den Sandinisten stimmen werden.

Es gibt zwei Szenarien: Das eine ist geprägt durch den ordentlichen Ablauf der politischen Vorgänge in den nächsten sieben Jahren. Es gibt dafür eine ganze Reihe von Garantien. Vor allem die *Verfassung* ist eine solche Garantie, da Verfassungsrevisionen einer Zweidrittelmehrheit im Parlament bedürfen, weshalb hier die Sandinisten wenigstens noch über eine Sperrminorität verfügen. Davon abgesehen, würden auch nicht alle UNO-Parteien beispielsweise die Auflösung der Landgenossenschaften

und die Rückkehr zum Latifundismus gutheissen.

Im anderen Szenario würden gelenkte Provokationen die Präsidentin veranlassen, über Nicaragua den Ausnahmezustand zu verhängen. Damit würde die Verfassung ausser Kraft gesetzt. In lateinamerikanischen Ländern und überhaupt in Ländern der Dritten Welt sind solche Ausnahmezustände leider nicht die Ausnahme, sondern eher die Regel. In Kolumbien zum Beispiel ist es seit über vierzig Jahren so. Das aber wäre der Verlust der durch die sandinistische Revolution gewonnenen Substanz. Und auch die grössten Kritiker räumen ein, dass hier Substanz gewonnen wurde. Ich befürchte, dass dieses zweite Szenario wahrscheinlicher ist; denn diejenigen Kräfte ausserhalb Nicaraguas, die sich zum Ziel gesetzt haben, diese Wahlen zu gewinnen, wollen die *sandinistische Revolution liquidieren*. Das machen sie nicht durch den demokratischen Sieg der UNO, den sie vom nicaraguanischen Volk erpresst haben. Das machen sie nur, wenn sie durch den Ausnahmezustand verhindern, dass der Frente in sieben Jahren wieder an die Macht kommt.

Viktor Hofstetter: Eigentlich existiert die UNO schon nicht mehr, da sie ein Wahlbündnis war. Sie muss sich nicht nur einen neuen Namen, sondern auch eine neue Struktur und ein neues Programm geben. Ich habe vor mir ein von Juristen ausgearbeitetes *Programm der UNO*. Darin steht als erste Aufgabe die Errichtung eines «Rechtsstaates» und die «Restrukturation aller republikanischen Institutionen», damit ein demokratisches System aufgebaut werden könne. Man behauptet also, dass bis jetzt keine Demokratie in Nicaragua bestanden habe, obwohl gerade dieses System die saubersten und freiesten Wahlen ermöglichte. Da prallen eben auch verschiedene Auffassungen von Demokratie und Rechtsstaat aufeinander.

Marco Mona: Die Gegner des Frente, insbesondere die USA, haben immer gesagt, man müsse jetzt eine demokratische Struktur einrichten. Das schreibt nachträglich auch die NZZ, indem sie sagt, es sei ein «Diktator» abgewählt worden...

NW: ...*was ein Widerspruch in sich selber wäre.*

Wie die US-Regierung Demokratie «kauft»

NW: Welche Auswirkungen hat das Wahlergebnis auf das übrige Zentralamerika? Wachsen die Chancen für die Demokratisierung von Honduras, El Salvador und Guatemala, wo hinter der demokratischen Fassade die Militärs an den Schalthebeln der Macht sitzen?

Viktor Hofstetter: Man muss die Wahlen von Nicaragua tatsächlich im zentralamerikanischen Zusammenhang sehen. Vorangegangen sind die Wahlen in El Salvador mit dem Sieg der rechtsextremen Arena-Partei, dann die Wahlen in Honduras mit dem Sieg der rechtsstehenden liberalen Partei, schliesslich die Wahlen in Costa Rica, wo ebenfalls die Rechte gewonnen hat.

Marco Mona: Demnächst folgt Guatemala, wo es ähnlich aussieht.

Viktor Hofstetter: Interessant ist auch, dass die erste Hilfe, die US-Präsident Bush Nicaragua anbietet, aus dem «Fonds für Demokratie» kommt. Das ist eine Institution, die aus öffentlichen Mitteln gespiesen wird, um Demokratie zu «kaufen». All die erwähnten Wahlen wurden von diesem Fonds beeinflusst. Die Parallelen wären noch viel weiter zu ziehen, bis zu den Wahlen in den Oststaaten.

Aus El Salvador berichten Kirchenleute, dass es für die Demokratisierung ihres Landes nur eine Chance gebe: die Einstellung jeder weiteren Militärhilfe von den USA. Die einzigen, die an dem verdienen, was sich heute «Demokratie» nennt, sind die hohen Militärs und die ihnen nahestehenden Oligarchien. Der Mord an den Jesuiten ist nur zu erklären durch die Angst der Militärs vor dem Verlust dieser Einnahmequelle. Das anschliessende Geplänkel von Präsident Cristiani, der Militärs verhaften liess, weil sie die Urheber des Massakers seien, ist nur Fassade. Der Preis weiterer Wirtschafts- und Militärhilfe ist, dass der demokratische Schein gewahrt werden muss.

Marco Mona: Ich glaube, dass kurzfristig das Ergebnis der Wahlen in Nicaragua für die Befreiungsbewegungen Zentralamerikas einen Rückschlag bedeutet. Wenn andererseits in einem Drittweltland eine derart

korrekte Wahl möglich ist, dann liegt darin auch ein Grund zur Hoffnung, wenn nicht für morgen, so doch für übermorgen. Man kann gewisse Präsidenten daran erinnern, welchen Legitimationsdruck sie auf eine kleine und arme Nation ausgeübt haben. So bleibt zu hoffen, dass auch in andern Drittweltländern ähnliche Prozesse sich abspielen werden.

Viktor Hofstetter: Ich bin nicht so optimistisch. Ich denke immer wieder an den Satz von Franz Hinkelammert, wonach das Verheerende an der Situation in Lateinamerika nicht nur die Verschuldung, sondern auch die Politik der Hegemonialmacht sei, die keine organisierte Basis- und Volksbewegung zulasse. Das hat er im November hier in der Schweiz gesagt. Auf den Einwand «Nicaragua» hat er geantwortet: «Ja, bis jetzt noch.» Die Macht, die gegen die Selbstbestimmung der Völker arbeitet, ist übermächtig.

Auf der andern Seite gab es das Beispiel der Wahlen in Brasilien, wo zum ersten Mal die Armen eine Stimme hatten. Das war nur möglich durch die Arbeit der Bewegungen von unten und nicht durch irgendeine Revision des Wahlgesetzes. Das ist meine Hoffnung, dass dies nun auch in Nicaragua die Arbeit des Frente und der Kirche sein wird. Das gleiche gilt für die andern zentralamerikanischen Staaten. Es geht nicht einfach nur um Wahlen, sondern um die Bewusstseinsbildung im Volk.

Der Druck auf Kuba

NW: Wie steht es um Kuba? Wie wird sich die «Demokratisierung» Nicaraguas und natürlich auch anderer (ehemals?) sozialistischer Staaten auf die Position Fidel Castros auswirken?

Viktor Hofstetter: Ein Leitartikel in der NZZ hat kürzlich damit begonnen, dass der Bürgermeister von Miami und der Gouverneur von Florida sich schon auf Flüchtlingsströme aus Kuba vorbereiten würden. Gewisse Exilkubaner sollen Fidel Castro höchstens noch ein Jahr geben. Der Druck auf die kubanische Regierung ist unheimlich gross geworden. Auch «Panama» sollte demonstrieren, dass die Intervention der USA in Zentralamerika nach wie vor eine reale Möglichkeit ist.

Was kann Kuba dem entgegensetzen? Immerhin ist Kuba das einzige Land Lateinamerikas, das keine Armen kennt, auch keine Analphabeten und das eine Kindersterblichkeit aufweist, die tiefer ist als in den USA. Darum ist auch die ganze Diskussion um Kuba, wie sie eben wieder an der Menschenrechtskonferenz in Genf geführt wurde, unredlich. Niemand spricht von jenem *fundamentalen Menschenrecht*, das Kuba verwirklicht und für das Nicaragua kämpft: dem Recht auf Leben und auf menschenwürdige Lebensbedingungen.

Marco Mona: Wobei in Kuba zur Zeit eine Verhärtung stattfindet, die der Sache nichts nützt.

Viktor Hofstetter: Ein Christ, der in Kuba von allem Anfang an die Revolution unterstützte, hat mir gesagt: Die *Perestroika* ist nicht das Resultat eines Einzelgängers namens Gorbatschow. Sie wird vielmehr von einer grossen Gruppe von Leuten getragen, die seit Jahren daran sind, dieses Projekt zu verwirklichen. In Kuba gibt es diese Leute nicht. Wir haben auch keine wirtschaftlichen Kader geschult, um unsere Unternehmen nach anderen als nur parteiideologischen Gesichtspunkten zu leiten. Kann dies jetzt, wo man unter Druck kommt, nachgeholt werden?

Nicaragua ist ein weiterer Rückschlag für Kuba. Fidel sagt in seinen «Nachgesprächen» mit Frei Betto, dass er ein zusätzliches Erfahrungspotential wie Nicaragua benötigt hätte, insbesondere auch das Erfahrungspotential, dass die Revolution ein gemeinsames Projekt von Christen und Marxisten sein kann.

Wie weiter mit der Solidarität?

NW: Wie geht es weiter mit der Solidarität? Diese Frage richtet sich nicht zuletzt an den Präsidenten des Solifonds.

Marco Mona: Unsere Freunde in Nicaragua sagen: «Entscheidet noch nichts! Wichtig ist, dass die Solidaritätsarbeit auf jeden Fall weitergehen muss.» Das leuchtet ein. Im schlimmsten Fall wird die Solidaritätsarbeit ähnlich sein wie diejenige, die wir für El Salvador und Guatemala machen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten der weiteren Zusammenarbeit. Einige Leute, die sich für Städtepartnerschaften eingesetzt

haben, sind zwar mutlos geworden. Was sollen wir mit Städten anfangen, die nun von UNO-Leuten verwaltet werden? Eine Antwort ist: Partnerschaft heisst auch *Beobachtung* und ist insofern eine gewisse Garantie für die Menschen dort. Für alle Projekte würde ich sagen: Auf jeden Fall jetzt nichts einstellen, sondern *zuwarten*, wer die künftigen Partner sein werden. Bei sehr vielen Projekten werden es die gleichen Partner sein wie bisher. Es kann auch *Umlagerungen* geben, um Strukturen zu erhalten, die bisher nur als halbstaatliche existierten und die als sandinistische überleben könnten. Ich denke zum Beispiel an die nicaraguanische Nachrichtenagentur, deren Zukunft ungewiss ist. Geld an Büros zu schicken, ist zwar nicht populär. Basisorganisationen zu unterstützen, mag auch wichtiger sein. Aber aufgrund meiner Arbeit im Solifonds habe ich auch Verständnis für strukturelle Aufgaben.

Viktor Hofstetter: Für mich stellt sich die Frage, ob Nicaragua nach wie vor das Land bleiben wird, in dem die *Hilfswerke die besten Garantien* haben, dass die Hilfe direkt dem Volk zugute kommt. Oder wird sich der designierte Vizepräsident mit seiner Losung durchsetzen: «Alle Internationalisten raus»? Wenn umgekehrt die BRD nur wegen diesem Wahlsieg einen eingefrorenen Kredit freigibt, dann frage ich mich: Was ist das noch für eine Hilfe, die da geleistet wird? Darum bleibt die Information der nicaraguanischen Nachrichtenagentur für uns wichtig. Nur so kann die Bewusstseinsarbeit auch bei uns weitergeführt werden.

NW: Viktor und Marco, ich danke Euch für dieses Stück gemeinsamer Trauerarbeit nach der Niederlage vom 25. Februar, aber auch für die Hoffnung, die Ihr Euch trotz allem bewahrt habt.